

"Praxisfremd": Fundbüro statt Tierheim

Von: Jörg Held

Veröffentlicht am: 8. Juli 2018



Fundtiere im Fundbüro abgeben? Das ist "praxisfremd" – sagt auch die Bundesregierung. Doch es ist die Rechtslage, bestätigt durch ein höchstrichterliches Urteil. Bis die Politik das Fundrecht an die Bedürfnisse der Tiere anpasst, kann es noch dauern.

(jh) – Etwa 1.400 Tierheime gibt es in Deutschland, rund 550 davon betreibt der Deutsche Tierschutzbund. Wie viele Tierheime mit einer Kommune einen Vertrag zur Aufnahme von Fundtieren haben, [weiß die Bundesregierung nicht](#). Die FDP hatte nachgefragt, wie die Politik auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu reagieren gedenkt.

Das sagt: Tierheime bekommen Fundtierkosten nur dann erstattet, wenn die (*unverletzten*) Tiere vorher bei der (*zuständigen*) Behörde abgegeben werden – zumindest dann, wenn die Tierheime keine anderslautenden Verträge mit der Gemeinde hätten.

[wir-sind-tierarzt-Bericht zum Urteil: Tierheime müssen Fundtiere abweisen](#)

Wird das Fundrecht geändert?

Die Antwort der Bundesregierung lautet: Abwarten ... erst wenn die Urteilsgründe im Volltext ([liegt noch nicht vor](#)) geprüft werden könnten, werde man Gespräche mit den Landern führen, um die praktischen Möglichkeiten

einer tierschutzgerechten Lösung für die Abgabe von Fundtieren auszuloten und sich gegebenenfalls auch für eine Anpassung des Fundrechtes einsetzen.

Nicht nur bis es so weit ist – so rät es der Deutsche Tierschutzbund – sollten alle Kommunen einen fairen Fundtierkostenvertrag mit einem seriösen Tierheim abschließen, um zu verhindern, dass aus einer ungeklärten Betreuungslage Tierleid entsteht.

Praxisfremd: Fundbüro statt Tierheim

Auch die Bundesregierung [ist der Auffassung](#), "dass die Ablieferung von Fundtieren in Fundbüros anstelle der Tierheime praxisfremd ist." Sie berge zudem die Gefahr, dass Fundtiere zeitweise nicht – wie im Tierschutzgesetz vorgeschrieben – angemessen ernährt, gepflegt und verhaltensgerecht untergebracht würden oder notwendige tierärztliche Behandlungen erst verzögert erfolgten. Auch sei nicht auszuschließen, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung sinkt, für Fundtiere Verantwortung zu übernehmen, weil man sie eben nur eingeschraut abgeben kann.

Bedeutet aktuell: Jeder der ein Tier findet, muss wissen, ob es in der Kommune einen Vertrag mit dem Tierheim gibt oder nicht – und es dann zum richtigen Ort bringen.

Quelle:

[Antwort der Bundesregierung /FDP-Anfrage \(Juni 2018\)](#)